



HESSISCHER LANDTAG

22. 10. 2021

Kleine Anfrage

Dr. Daniela Sommer (SPD) und Esther Kalveram (SPD) vom 20.09.2021

Traumazentrum e.V. in Kassel

und

Antwort

Minister für Soziales und Integration

Vorbemerkung Fragestellerinnen:

Seit etwa 15 Jahren besteht der Beratungsbereich im Zentrum für Psychotraumatologie in Kassel. In den letzten fünf Jahren wuchs der Bedarf an Beratungsterminen und Gruppenangeboten stetig an, gleichzeitig erhöhten sich die laufenden Kosten ständig (Miete, Nebenkosten etc.) und seit Beginn der Pandemie sind die Stiftungsgelder deutlich gekürzt worden, da es natürlich mehr Anfragen an die Stiftungen gibt und Umverteilungen notwendig sind. Zurzeit liegt der Bedarf bei etwa 30 Beratungen wöchentlich zuzüglich Gruppenangeboten. Die Tendenz ist stark steigend. Auch steigen die Anfragen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die belastende Erlebnisse hatten und nun ihren Alltag in Schule und Ausbildung nicht mehr bewältigen können – für Jugendliche gibt es noch weniger therapeutische Hilfsangebote, denn „traumageschulte“, kassenzugelassene Kinder- und Jugendtherapeutinnen und -therapeuten sind rar. Das Traumazentrum e.V. Kassel möchte sein Angebot und die Beratung für Hilfesuchende aufrechterhalten.

Die Vorbemerkung der Fragestellerinnen vorangestellt, beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

- Frage 1. Inwiefern ist der Landesregierung die finanzielle Situation des Traumazentrums bekannt?
- Frage 2. Wie will die Landesregierung das Traumazentrum e.V. Kassel unterstützen?
- Frage 3. Wie bewertet die Landesregierung die Arbeit und die Angebote des Traumazentrums?
- Frage 4. Wie viele Beratungsstellen gibt es in Kassel und Umgebung sowie in ganz Hessen?
- Frage 5. Wie werden diese finanziert bzw. finanziell unterstützt?
- Frage 6. Wie hoch ist der Beratungsbedarf der unter viertens genannten Beratungsstellen?
- Frage 7. Wie soll zukünftig der steigende Bedarf in Kassel sowie in ganz Hessen an Beratung gedeckt werden?
- Frage 8. Welche Maßnahmen will die Landesregierung umsetzen, um Hilfesuchenden kurzfristig Beratung und Unterstützung zu ermöglichen?
- Frage 9. Welche Fördermöglichkeiten will die Landesregierung zukünftig ermöglichen, damit Beratungsstellen wie beim Traumazentrum e.V. Kassel e.V. aufrechterhalten werden und Hilfesuchende Beratung erhalten können?

Die Fragen 1 bis 9 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam wie folgt beantwortet: Für die Sicherstellung der ambulanten vertragsärztlichen und vertragspsychotherapeutischen Versorgung ist die KV Hessen zuständig. Sofern Beratungsbedarfe im medizinischen Bereich bestehen, können sich Hilfesuchende daher an die niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte sowie Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten wenden. Dabei besteht auch die Möglichkeit, die Terminservicestelle der KV Hessen zu nutzen.

Wiesbaden, 12. Oktober 2021

In Vertretung:
Anne Janz